

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe juni 2008



Herausgeber, V.i.S.d.P
Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia
Bandow, Anno Blissen-
bach, Kurt M. Lehner,
Markus Löning, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz

Autoren dieser Ausgabe

Ellen Madeker, Martin
Reeckmann, Bettina v. Sey-
fried, Carl-Ludwig Thiele

Leserbriefe

Thomas Giesau, S. P. Pu-
rodha, Martin Reeckmann,
Thomas Seerig

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de
fdp-fraktion-mitte.de
liberal-central.de
fdp-gendarmenmarkt.de
fdp-ot.de
fdp-tiergarten.de
fdp-wedding.de
fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe juni 2008

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

es berührt, einen Menschen aus seiner Nähe zu verlieren. Vor we-
nigen Wochen ist unser Parteifreund Volker Jürgensen, Rechts-
anwalt, noch keine vierzig Jahre alt, bis vor kurzem Vorsitzender
des OV Wedding und Redakteur seines Ortsverbandes bei LC,
nach längerer Krankheit und doch ganz unerwartet verstorben.
Ich selbst habe Volker besonders für seine persönliche Authentizität
und Integrität, konsequent selbst in dem für diese Eigen-
schaften oft wenig einladenden Parteimilieu, sehr geschätzt. „Ich
will hier nichts werden, ich sage das wie es ist.“ Alles Gute, Vol-
ker. Du hast hier Freunde gefunden, und sie vermissen Dich.

Dass sich die FDP derzeit bundesweit nicht nur in den Umfragen
im Aufwind befindet zeigt ein Blick auf die aktuellen Zahlen bei
der Mitgliederentwicklung. Entgegen des allgemeinen Trends,
dass alle Parteien in den letzten Jahren von einem zum Teil nicht
unerheblichen Mitgliederschwund betroffen wurden, konnten die
Liberalen nach den ersten vier Monaten des Jahres 2008 eine
mehr als positive Bilanz ziehen und sich über knapp 2.500 neue
Mitglieder freuen, was einem Nettozuwachs von fast 600 Mitglie-
dern entspricht. Die FDP ist damit die einzige Partei, die seit dem
Jahr 2000 eine positive Mitgliederbilanz zu verzeichnen hat. Nach
dem jüngsten Bundesparteitag zeigte sich Generalsekretär Dirk
Niebel erfreut über 54 Mitgliedsanträge, die rund um denselben
alleine bei der Bundespartei eingegangen sind. „Der Parteitag war
also auch erfolgreich bei der Verbreiterung der Basis.“

Im Übrigen gibt es einen erfolgreichen Bundesparteitag zu ver-
melden, auf welchem gute Programmatik und gute Stimmung nur
noch durch den umwerfenden Eindruck unserer Schöneberger
Parteifreundin Gönül Glowinski in der Kleidung der Eingebore-
nen, dem Dirndlgwand, übertroffen werden konnten.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Kreativität, Neugier und Forschergeist können
sich dann am besten entfalten, wenn institutionelle
und rechtliche Rahmenbedingungen Freiräume
geben statt einzuschränken, fördern statt zu hem-
men und individuelle, passgenaue Lösungen zulassen
statt starre Vorgaben zu machen.

„Initiative für mehr Forschungsfreiheit in Deutschland“ des BPT

Lagebericht des Vorsitzenden

Mitte zum Testfeld für die FDP machen!

von *Henner Schmidt*

Der Bundesparteitag in München hat das Profil der FDP verbreitert. Es wurde klar, dass wir nicht nur bei der Steuerpolitik sondern auch bei den Themen Soziales, Bildung und Bürgerrechte etwas zu bieten haben.



Jetzt ist auch die Berliner FDP gefordert. Am besten wirbt man durch konkrete Vorschläge und Präsenz vor Ort für die FDP. Es reicht nicht, wolkig davon zu sprechen, dass wir uns mehr Engagement für Bildung und mehr soziale Chancengleichheit wünschen.

Für den Bereich Bildung zeigt die Abgeordnetenhausfraktion mit Mieke Senftleben, wie man es machen kann: Ihr Konzept der Bürgerschule ist neu, radikal und spricht Eltern, Kinder und Lehrer direkt an. Es hat deshalb viele zustimmende Reaktionen erhalten. Bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik brauchen wir vergleichbare Initiativen. Die Erwartungen an das Arbeitsprogramm des neuen Landesvorstandes sind in dieser Hinsicht hoch.

Im Bezirk Mitte könnten wir eine Vorreiterrolle für die FDP übernehmen. Unser Bezirk hat ganz unterschiedliche Bereiche, so dass wir ganz unterschiedliche Gruppen von Menschen erreichen müssen. Wir können in sehr verschiedenen Umfeldern FDP-Politik und neue Ideen testen und im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter verbessern.

Auch wenn viele bei Mitte nur an den Gendarmenmarkt und den Reichstag denken, sind wir teilweise ein echter Ostbezirk. Die Menschen, die auf der Fischerinsel oder an der Karl-Marx-Allee wohnen, unterscheiden sich in ihrem Lebensstil deutlich stärker von denen, die am Hackeschen Markt wohnen, als von ihren direkten Nachbarn in Friedrichshain. Dass Mitte deshalb in die vom Landesvorstand aufgesetzte Ostrunde gehört, musste man dem Landesvorstand aber erst mehrfach deutlich machen. So tief sitzen manchmal Klischees.

Im Wedding und in Moabit haben wir dagegen einige der sozial schwächsten Kieze Berlins, die leider bei Arbeitslosigkeit, Anzahl der Hartz-IV-

Empfänger oder Haushaltseinkommen oft noch hinter dem nördlichen Neukölln rangieren. Das entspricht nicht dem Klischee vom hippen Mitte. Gerade hier ist es aber umso wichtiger, Bildung zu fördern und soziale Standards zu sichern.

Dabei müssen wir uns auch überlegen, wie Kinder eine echte Chance auf Bildung bekommen können, deren Familien sie nicht fördern können oder wollen. Auch wenn manche Liberale außerhalb Berlins davor zurückscheuen, müssen wir in unseren Überlegungen zu gerechten Bildungschancen für alle Kinder auch eine Pflicht zum Kitabesuch oder Forderungen nach einem flächendeckenden Angebot an Ganztagschulen diskutieren. Auch die Sicherung ausreichender Deutschkenntnisse bei Kindern von Migranten bedarf eines Anstoßes von außen, z.B. durch freiwillige Verpflichtung der Schulgremien, Deutsch auch auf dem Schulhof zu sprechen.

Zur Verbesserung der sozialen Situation müssen wir vor allem Wege finden, Arbeitsplätze in den Kiezen anzusiedeln, anstatt – wie der Senat – immer nur mehr Geld in soziale Betreuung und Quartiersmanagement zu stecken und damit die Probleme zu verwalten statt sie zu lösen. Auch hier kann die Politik aktiv eingreifen und z.B. Handwerkerhöfe oder Gründerzentren bewusst in sozial schwachen Kiezen initiieren und fördern.

Neue attraktive Entwicklungsgebiete (wie z.B. die Gebiete an Hauptbahnhof und Heidestraße, um den BND-Neubau oder den Bahnhof Gesundbrunnen) sollten Ausstrahlung in benachbarte Bereiche haben und mit dem Umfeld eng verbunden werden. Wedding und Moabit könnten davon profitieren und trotzdem weiterhin ein Wohngebiet bleiben, das auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar bleibt – dabei gleichzeitig innenstadtnah und durch den ÖPNV perfekt angebunden. Neukölln hat bereits erfolgreich Studenten angelockt und damit die Atmosphäre in sozial schwachen Kiezen positiv verändert. Für Wedding und Moabit könnten wir eine ähnliche Initiative starten.

Die Vielfalt unseres Bezirkes ist eine Herausforderung, aus der wir viel machen können, wenn wir uns den Bewohnern zuwenden und mit ihnen Lösungen für ihre Probleme entwickeln. Wir können damit die ganze FDP voranbringen.

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Nichts zu verbergen, viel zu zeigen

von *Ellen Madeker*

Wenn man einen Frosch in einen Topf mit kochendem Wasser wirft, so springt er reflexartig wieder heraus. Setzt man ihn in einen Topf mit kaltem Wasser und gewöhnt ihn langsam an steigende Temperaturen, so bleibt der Frosch im Wasser sitzen. Wenn das Wasser den Siedepunkt erreicht hat, stirbt der Frosch an seinen Verbrühungen.

Mit diesem drastischen Bild leitet Peter Schaar, Bundesbeauftragter für Datenschutz, sein jüngstes Buch ein. Sollte es uns auf dem Weg in die Überwachungsgesellschaft ergehen wie dem Frosch? Diese Parallele darf gezogen werden. Denn Einschränkungen der Freiheit kommen auf leisen Sohlen. Und sind sie einmal da, zeigen sie die unangenehme Tendenz zu bleiben.

Das größte Problem mit Freiheitsbeschränkungen ist, dass sie von den Bürgern nicht als solche wahrgenommen werden. Freiheit ist so selbstverständlich geworden, dass ihre Einschränkung nicht nur protestlos hingenommen, sondern im Namen der öffentlichen Sicherheit sogar eingefordert wird.

Traditionelle Bindungen in der „durch und durch posttraditionalen Gesellschaft“ (Anthony Giddens) verlieren in der Gegenwartsgesellschaft immer mehr an Wert und die Selbstbestimmung jedes Einzelnen rückt in den Mittelpunkt. Soziologen sprechen von post-moderner Individualisierung. „Ich“ zählt mehr als „Wir“.

Dieser Zusammenhang spiegelt sich in einer Kultur der Selbstdarstellung in der virtuellen Welt. Bereits Zehnjährige erstellen ihre Profilseiten im Netz, Teens und Twens präsentieren intimste Details auf Plattformen wie StudiVZ und Facebook. Die konservative „Ich-habe-ja-nichts-zuverbergen“-Haltung wird ergänzt durch das post-moderne „Ich-habe-euch-was-zu-zeigen“-Versprechen.

Die Selbstdarstellungswut korreliert paradoxerweise mit einem gestiegenen Risikobewusstsein, wenn es um überindividuelle Gefahren geht wie

etwa Aufrüstung, Terrorangriffe oder Reaktorunfälle. Die Generation „Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck) lebt zwar im Grunde so sicher wie in Abrahams Schoß. Doch sie ist außergewöhnlich empfänglich für Angstszenerien und Drohrhetorik.

Keine Bewegung ohne Gegenbewegung. Eine gesellschaftliche Sensibilisierung für die Themen informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz und Privatsphäre findet statt. Viele Menschen werden sich zunehmend der Gefahren bewusst, die das wachsende Kontrollbedürfnis privater oder staatlicher Instanzen mit sich bringt.

Datenschutz hat Konjunktur. Es ist kein Zufall, dass der Berufsverband der Datenschützer (BvD) derzeit mit Hochdruck an einer Berufsordnung arbeitet. Schulen laden Datenschützer ein, die Schüler im Umgang mit ihren persönlichen Daten sensibilisieren sollen. Änderungen der AGBs von StudiVZ wurden auf Druck

der User zumindest teilweise wieder rückgängig gemacht. Auf Facebook zählt die Petition „Stop invading my privacy“ immerhin 80.000 Mitglieder.

Deutschlands höchste richterliche Instanz gibt Datenschützern Rückendeckung. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen jüngsten Urteilen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Grundlage unserer verfassungsmäßigen Ordnung bestätigt. Allein in diesem Jahr hat sich Karlsruhe bereits zwei Mal als Rettungsanker für Bürgerrechtler erwiesen. Die Verfassungsrichter stoppten zunächst die massenhafte Kontrolle von Autokennzeichen und kippten wenig später Teile des Gesetzes zur Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten (Vorratsdatenspeicherung).

Für die FDP ist entscheidend, dass sie sich über Alleinstellungsmerkmale definiert und profiliert. Sie muss an den gesellschaftlichen Sensibilisierungsprozess ansetzen, um deutlich zu machen, wofür sie als Bürgerrechtspartei steht. Nämlich für ein vernünftiges Abwägen von Sicherheit und Freiheit. Gegen eine unverhältnismäßige Einschränkung der Grundrechte und für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.



Dr. Ellen Madeker (OV OT)

Gastkommentar

Die gerechte Steuer

von *Carl-Ludwig Thiele*

Es bleibt dabei: Nur die Liberalen verfügen über einen geschlossenen, in sich stimmigen Vorschlag zur Reform des Steuer- und Transferrechts. Dieses Alleinstellungsmerkmal der FDP hat der Bundesparteitag von München mit seinem Beschluss „Die gerechte Steuer“ gerade erneut bestätigt. Mit diesem Nettokzept haben wir den liberalen Entwurf für eine Reform der direkten Steuern fortentwickelt, mit dem wir bereits im letzten Bundestagswahlkampf erfolgreich waren.

Die Große Koalition quetscht die breite Masse der Arbeitnehmer, der mittelständischen Unternehmer und Selbständigen aus. Sie hat die größte Steuererhöhung in der Geschichte unseres Landes zu verantworten. Eine durchschnittlich verdienende Familie mit zwei Kindern hat dadurch ab 2007 bis zu 1.600 Euro im Jahr weniger zur Verfügung als in den Vorjahren. Vom Aufschwung spüren viele Bevölkerungsgruppen bisher so gut wie nichts.

Ungebrochen ist die Unübersichtlichkeit des Steuer- und Sozialrechts. Die staatlichen Vorgaben in diesem Bereich sind völlig konfus, nur unzureichend aufeinander abgestimmt und daher wenig treffsicher. Für Empfänger von Transferleistungen bestehen zu geringe Leistungsanreize, weil sich die Arbeitsaufnahme unter dem Strich oft nicht lohnt.

Der Beschluss des Münchener Bundesparteitags setzt an diesen Punkten an. Er fordert bei der Einkommensteuer einen einfachen und entlastenden Drei-Stufen-Tarif von 10 %, 25 % und 35 %, dem ein Grundfreibetrag von 8.000 Euro pro Erwachsenen und pro Kind vorgeschaltet ist. Für berufsbedingte Kosten soll eine Aufwendungs-pauschale in Höhe von 2 % der Einnahmen und höchstens 5.000 Euro gelten, sofern nicht ein höherer Einzelnachweis erbracht wird. Die Abziehbarkeit sämtlicher Beiträge zur sozialen Absicherung bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze wird gewährleistet, Ausnahme- und Sonderregelungen des Steuerrechts werden weitestgehend gestrichen. Ein Wahlrecht für eine zweijährige Veranlagung soll Gestal-

tungsüberlegungen überflüssig machen. Der Gesetzgeber wird verpflichtet, alle zwei Jahre zusammen mit dem Grundfreibetrag und dem Kinderfreibetrag auch den Einkommensteuertarif zu überprüfen und ggf. anzupassen. Damit wird der „kalten Progression“ der Kampf angesagt, die im geltenden Recht vor allem am Beginn der Einkommensteuerpflicht übermäßig zugreift.



Weiterer Schwerpunkt des beschlossenen Nettokonzpts der FDP ist das leistungsgerechte Bürgergeld. Steuer- und Sozialsystem sollen damit widerspruchsfrei ineinander greifen. Möglichst viele steuerfinanzierte Sozialleistungen werden mit dem Bürgergeld zu einem Universaltransfer zusammengefasst. Jeder Bürger hat nach diesem Konzept bei Bedürftigkeit und - im Falle der Erwerbsfähigkeit - bei Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme Anspruch auf das Bür-

gergeld, wobei sich zusätzliches Erwerbseinkommen anders als im geltenden Recht auf jeden Fall lohnt. Das leistungsrechte Bürgergeld ist die liberale Antwort auf staatlich festgesetzte, arbeitsplatzvernichtende Mindestlöhne.

Durchgreifende Änderungen fordert der Münchener Bundesparteitag auch bei der Unternehmensbesteuerung. Für Unternehmen gleich welcher Rechtsform soll danach ein Zwei-Stufen-Tarif von 10 % und 15 % gelten. Die mit großen Mängeln behaftete Gewerbesteuer wird durch ein Konzept der Kommunalfinanzierung ersetzt, das eine ausreichende und stetig fließende Finanzierung der Gemeinden gewährleistet: Der Gemeindeanteil an der Mehrwertsteuer soll von gegenwärtig 2,2 % auf 12 % erhöht werden, zugleich sollen die Kommunen ein eigenes Hebesatzrecht für einen Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in gleicher Höhe erhalten.

Mit der Forderung nach Aufnahme eines Neuerschuldungsverbots in die Verfassungen des Bundes und der Länder setzt der Bundesparteitag von München ein weiteres Markenzeichen der Liberalen. Es muss endlich Schluss damit sein, den künftigen Generationen immer größere Schuldenberge zu hinterlassen.

Carl-Ludwig Thiele MdB (LV Niedersachsen) ist Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages und Stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion



Volker Jürgensen

* 23.02.1972

† 06.04.2008

Zum Tode von Volker Jürgensen

Nachruf von Katja v. Maur

Unser Freund Volker Jürgensen ist tot.

Wir sind erschüttert, sprachlos und traurig. Wir haben einen guten Freund und einen unerschütterlichen wahrhaften Liberalen verloren.

Volker war von Beginn an der Redakteur des LC Teams für den OV Wedding. Unerschrocken und mit Chuzpe schrieb er seine Beiträge - am liebsten das Schlusswort. Unvergessen für alle seine Religionskritik, auch wenn ich seine Auffassung mitnichten teilte. Unvergessen für dass LC-Team unsere durchaus kontroversen aber fruchtbaren Debatten bis spät in die Nacht, seine Vorliebe für Spaghetti Bolognese und Fußball, seine Pünktlichkeit, aber auch seine Müdigkeit, die ihn häufig übermannte.

Unvergessen für mich, unsere gemeinsamen Konzertbesuche in der Philharmonie, seine Emotionalität bei Wagner und unsere anschließenden Drinks im Billy Wilder.

Lieber Volker, wir hätten noch so gerne mit Dir gestritten und gefeiert – wir werden Dich nie vergessen. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar...

Nachruf von Bettina v. Seyfried

Der Ortsverband Berlin-Mitte-Wedding ist erschüttert über den frühen und für uns alle unerwarteten Tod von Volker Jürgensen.

Wir hatten ihn im vergangenen Jahr zu unserem Vorsitzenden gewählt, auch unter dem Aspekt, der aufstrebenden jüngeren Generation mehr Gestaltungsmöglichkeiten und entsprechende Aufgaben zu geben. Doch er wurde krank und fiel monatelang aus.

Es blieb uns allen etwas unklar, um was für eine Krankheit es sich bei ihm handelte. Dass er jedoch so gravierend erkrankt war, wie es nun offensichtlich geworden ist, war uns allen nicht bewusst.

Volker Jürgensen hat mehrere Jahre im OV aktiv mitgearbeitet. Er war Beisitzer, Delegierter für den Parteitag und unser Redakteur bei LC.

Gerne denken wir zurück an die vielen Begegnungen und anregenden Gespräche in unseren OV Runden.

Es tut uns allen unendlich leid.

Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus dem Abgeordnetenhaus

Wenn der Schwanz fröhlich mit dem Hund wackelt ist Kreide fressen angesagt

von Volker Thiel

Den vorläufigen Höhepunkt einer sich selbst um den Preis des Gesichtverlusts an die Regierungsmacht klammernden SPD markierte das Abstimmungsverhalten zum EU-Reformvertrag im Bundesrat. Der Regierende Bürgermeister Wowereit erlaubte – oder befahl er es gar? – seiner Justizsenatorin, unter den wachenden Augen von Harald dem Wolf, dem multiplen Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, die Hand zur Enthaltung zu heben. Er hat sich nichts vorzuwerfen, schließlich wurde er bedroht: Enthaltung oder Koalitionsärger, Ausgang ungewiss. Also: enthalten lassen. Konzentriertes Nichtreagieren besänftigt aggressive Angreifer. Und das nicht zum ersten Mal.



Im Sommer 2007 forderte der SPD Fraktionsvorsitzende Michael Müller über die Presse den Wirtschaftssenator (er hieß damals bereits Wolf) offen auf, seine Stellungnahme zur Einführung der ideologischen Umweltzone kund zu tun. Handwerker, Selbständige, Freiberufler und alle anderen Betroffenen warteten vergeblich auf seine Stellungnahme. Aktuell verlangt der gleiche Müller von dem immer noch gleichen Senator wieder über die Presse, dass der Wirtschaftssenator klar machen muss, dass die zweite Stufe der Umweltzone ab 2010 wirtschaftsfeindlich ist und wie er darauf zu regieren gedenkt. Es wird wieder keine Reaktion geben. Warum auch?

Die Linke hat sich in Berlin eine Machtposition erstritten, die exemplarisch als Experimentierfeld zur Durchsetzung eigener, ideologischer Interessen in Rot-Roten Bündnissen genutzt wird. Das Durchsetzungsinstrumentarium reicht vom Verweis auf bestehende Verträge, über die Argumentation von Gutmenschen bis hin zu mehr oder weniger versteckten Drohungen. Um des Machterhalts Willen kuscht die SPD und macht sich zum Steigbügelhalter sozialistischer Politik. Schließlich ist der Steigbügel auch ein Teil des Sattels.

Volker Thiel MdB (Treprow-Köpenick)

Aus der Landespartei

Berlin goes Munich

von Katja v. Maur

Zusätzlich zu seiner programmatischen Arbeit befasste sich der Landesvorstand in diesem Monat in erster Linie intensiv und kontrovers mit dem Bundesparteitag, den Leitträgen sowie den weiteren Anträgen.



Unser Landesverband war dann auch nicht nur mit einem eigenen Beitrag und Mieke Senftleben zum Kernthema Bildung in München vertreten. Im Vorfeld flankiert durch Presseinterviews vom Landesvorsitzenden Markus Löning konnten wir uns programmatisch und personell massiv einbringen und deutliche Spuren hinterlassen, so dass unsere eher stiefmütterliche Platzierung im Plenum eher von untergeordneter Bedeutung war. Bereits die Anfangsdebatte des Antrag des Bundesvorstands zur Entkoppelung und Reduzierung der Energiekosten wurde zum spannenden Highlight, weil wir Berliner, anders als der Bundesvorstand, überwiegend der Auffassung waren, dass eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 7 v. H. bei aller spontanen Popularität mangels Spareffekt beim Bürger sowie mangels hinreichender Gegenfinanzierung kein gangbarer Weg wäre.

Beim Thema „mehr Netto, gerechte Steuern“ gingen unser LFA Vorsitzender Matthias Lefarth, unser Fraktionsvorsitzender Martin Lindner, Alexander Prokorny (von Dirk Niebel zu Recht als Gegenwartsphilosoph geadelt), unsere Abgeordneten Volker Thiel und Henner Schmidt sowie Maren Jasper mit derart überzeugenden Beiträgen in die „Bütt“, dass der teilweise Rückzug des NRW Gegenantrags unsere Argumente aufgriff. Ich bin fest davon überzeugt, dass uns die frische Brise auch im Berliner Alltag weiter begleiten wird. Das positive Presseecho und die Umfragewerte sind jedenfalls ausreichende Motivation.

Landesverbandsintern scheinen schließlich auch die Probleme in Tempelhof-Schöneberg und Marzahn-Hellersdorf - auch dank der hilfreichen und beherzten Moderation des Landesvorstands - auf einem guten Weg zu sein.

Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Wird die Arminiusmarkthalle verschwinden?

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

Arminiusmarkthalle in Moabit gehört zu den bekanntesten Gebäuden des Stadtteils und beschäftigt die BVV seit vielen Jahren. Die übliche Erklärung der bisherigen Geschäftsführer für die rückläufigen Umsatzzahlen war die schlechte soziale Struktur in Moabit und die fehlende Kaufkraft. Aus der Sicht der FDP greifen diese Argumente jedoch zu kurz.

Die Gründe für die schlechte Wirtschaftslage der Halle sind in Wirklichkeit sehr zahlreich: unfähige Geschäftsführung, interne Streitigkeiten zwischen den Händlern (zumindest in der Vergangenheit), fehlendes Marketingkonzept, fehlendes Geld für die notwendigen Investitionen. Der bisherige Inhaber der Halle, die Berliner Großmarkt GmbH (ein Landesbetrieb) hat beschlossen, die Markthalle bis Ende dieses Jahres zu verkaufen. Die FDP will, dass dies nur unter bestimmten Bedingungen passiert.

Zusammen mit den Fraktionen der CDU und der Grünen haben wir einen Antrag gestellt, der das Bezirksamt fordert, alles zu unternehmen, damit der zukünftige Inhaber die Existenz der Arminiushalle als eine Markthalle mit hochwertigen Angeboten weitgehend sicher stellt. Dies bedeutet, dass die potenziellen Interessenten vor dem Kauf ein entsprechendes Konzept vorliegen sollten. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Antragsstellenden Fraktionen und der Grauen beschlossen.

Rückwind bekam die FDP-Fraktion von der IHK. Nach Ansicht der Handelskammer ist ein erfolgreicher Betrieb der Arminiusmarkthalle durchaus möglich. Die Kaufkraft in Moabit, vor allem südlich des Alt-Moabits entwickelt sich sehr positiv. Viele Kunden erledigen ihre Einkäufe an weit entlegenen Standorten (KaDeWe, Lafayette etc.) und das obwohl sie Vieles in der Halle bekommen können oder könnten. Diese Einschätzung teilt auch der Einzelhandelsverband.

Fest steht also: das vorhandene Potenzial wurde von den bisherigen Betreibern der Halle nicht ausreichend genutzt.

Um an weitere Informationen zu kommen, hat die FDP eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses beantragt, zu der Vertreter der Fraktio-

nen im Abgeordnetenhaus, der Berliner Großmarkt GmbH und des Liegenschaftsfonds eingeladen wurden. Sowohl die Großmarkt GmbH als auch der Liegenschaftsfond wollen zumindest einen Teil des Beschlusses der BVV umsetzen, indem sie in dem Expose zu dem Interessenbekundungsverfahren einige Auflagen, wie z.B. kein Verkauf an die sog. Discounter festschreiben. Über den Rest wird noch gerungen werden müssen.

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363
Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Wahlkampf drüben und hüben

Martin Reeckmann vom OV Tiergarten

Bei bestem Frühsommerwetter fand unser bewährter Politischer Brunch Ende Mai nicht im, sondern vor dem Walhalla statt, wo die zahlreichen Teilnehmer den Sprecher unserer Bundespartei Robert von Rimscha begrüßten. Das am selben Tage in Mitte platzgreifende 1. Velothon zwang den ausgewiesenen USA-Kenner zum Anmarsch per pedes, um sodann Bodenhaftung als Referent zum Thema „Transatlantische Trennung? Amerikas Präsidentenkür und die Folgen für Deutschland“ zu beweisen. Die US-Vorwahlen sind seit 2007 Themen in den Medien; Die Bedeutung der Wahl für die Beziehungen zu Europa liegen auf der Hand.

Eine transatlantische Trennung ist indes nicht zu befürchten. Die (freilich nicht bedingungslose) Einbindung der USA in multilaterale Abkommen gehört zu den Essentials der Wählerschichten, um die auch westlich des Atlantik geworben wird: die Mitte. Lernen kann man aus dem aktuellen US-Vorwahlkampf auch:

Bewerber ohne klares inhaltliches Profil gehen das Risiko ein, als Black Box zu scheitern.

Entwürfe, Ideen und Inhalte

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Zur Mitgliederversammlung am 5. Mai hat der OV-Wilhelmstadt Helmut Metzner, Leiter der Abteilung Strategie und Kampagnen der Bundesgeschäftsstelle, als Referenten gewinnen können. In seiner Präsentation stellte er grundlegende Entwürfe und Ideen für den Bundestagswahlkampf 2009 vor und beantwortete den zahlreich erschienenen Mitgliedern und Gästen in gewohnt unnachahmlicher Weise deren Fragen. Auf Initiative des Stv. OV-Vorsitzenden, Robert Kammel, waren die Schülerinnen und Schüler des Politik-Leistungskurses des Evangelischen Gymnasiums "Zum Grauen Kloster" mit ihrem Lehrer, Herrn Lutz Kredlau, als Gäste gekommen. Auf Nachfrage stellten sie bei diesem "Polit-Praxis-Test" fest, dass es in unserer Mitgliederversammlung stärker um Inhalte gehe, während es bei den zuvor von ihnen besuchten MVen – z.B. der linksökologischen Konkurrenz – mehr um Formalien und interne Bürokratie gegangen sei.

Der für den 2. Juni geplante Treff im in Wilhelmstadt domizilierten 'Chaos Computer Club' (CCC) machte dem 1. Wort des Club-Namens

alle Ehre, indem ein kurzfristig hereingeschneiter schwarzer Block osteuropäischer Hacker den liberalen Besuch vereitelte. Angeregte Bürgerrechts-Gespräche in der benachbarten Böse Buben Bar (BBB) ließen Mitglieder und Gäste den Verlust verschmerzen.

Solidaritätskundgebung für Tibet

Juliane Homuth von den JuLis Mitte

Zum Abschluss seines Deutschland-Besuchs kam der Dalai Lama am 19. Mai nun auch nach Berlin. Ab 16:00 Uhr trafen am Brandenburger Tor nicht nur namhafte Künstler und Prominente für Tibet auf, kurz nach 17 Uhr kam auch der Dalai Lama selbst und hielt eine Ansprache, in der er um Mitgefühl und Anteilnahme für die chinesischen Erdbebenopfer und die birmesischen Taifun-Opfer bat. Er betonte außerdem mehrfach, dass es ihm um die kulturelle Autonomie Tibets ginge, er aber nicht gegen China agiere und keine vollständige Separation Tibets von China möchte. Wir JuLis waren vor Ort und zeigten, dass wir solidarisch zum tibetischen Volk und dem Dalai Lama stehen. Die Veranstalter sprachen von 25.000 Teilnehmern.

Einladung zum Bezirksausschuss der FDP Berlin-Mitte

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

hiermit lade ich zur Sitzung des Bezirksausschusses der FDP Berlin-Mitte ein. Die Sitzung findet statt am **Montag, 09. Juni 2008 um 20.00 Uhr**.

Ich schlage folgende Tagesordnung vor (das verwendete grammatische Geschlecht ist ggf. als beide biologischen Geschlechter umfassend zu lesen):

1. Begrüßung, Ladung, Stimmberechtigung, Genehmigung TO
2. Anträge
3. Berichte (a) aus dem Bezirksvorstand, (b) aus der BVV, (c) aus dem Abgeordnetenhaus, (d) aus der Landespartei
4. Verschiedenes

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kurt M. Lehner, Sprecher des Bezirksausschusses des BV Mitte

Personalien



(au) Beobachter sprachen davon, der FDP-Bundesvorsitzende **Guido Westerwelle** habe auf dem jüngsten Parteitag in München „die beste Rede seines Lebens“ gehalten. Es schrieb etwa die FAZ: „Westerwelles Ansprache ... spiegelte einen Politiker, der sich näher gekommen ist: ... Westerwelle präsentiert sich und seine FDP als eigenständige, aber weithin koalitionsbereite Partei mit vergleichsweise klarer Programmatik. [Er] widmete einen großen Teil seiner Redezeit den Bürgerrechten und ihrem allmählichen Schwinden in Zeiten terroristischer Bedrohung. Mit dem ‚Abbau von Freiheitsrechten‘ sei es wie mit der Atemluft: Erst wenn sie fehle, merke man, wie wichtig sie sei. Scheibchenweise sei die Freiheit beschnitten worden in den vergangenen zehn Jahren wie nie zuvor seit 1949. ... Im Kern ist die Botschaft des Münchener Parteitages jedoch die ‚Netto-Parole‘. Westerwelle und die übrige Parteiführung haben es geschafft, der FDP eine neue Richtung zu geben, ohne die Richtung zu ändern. Die ‚vergessene Mittelschicht‘ und deren Sehnsüchte, mehr von dem zu behalten, was sie verdienen. ‚Die Netto-Frage ist die wahre soziale Frage dieser Republik‘, ruft der Parteivorsitzende den Delegierten zu, und ‚ein Staat, der den Menschen mehr von ihrer Leistung nimmt, als er ihnen lässt, ist kein gerechter Staat‘. ... In München erlebte man eine Partei, die sich für den langen, bald beginnenden Wahlkampfmarathon warm läuft, und einen Vorsitzenden, der im siebten Jahr seiner Amtszeit in der Mitte der Partei angekommen ist. Und beim Steuersenken gewannen schließlich alle: **Andreas Pinkwart** warb zum Ende der Steuerdebatte versöhnlich für den Antrag von **Hermann Otto Solms**, der in einigen Punkten seinen Vorstellungen gemäß geändert wurde.“ Unser BV Mitte war in München vertreten durch **Irmgard Schwaetzer**, unseren Bezirksvorsitzenden **Henner Schmidt** Mda (beide Gendarmenmarkt), Stellvertreterin **Maren Jasper** (OT) und Schatzmeisterin **Katja v. Maur** (Tiergarten)

als Delegierte sowie in sonstiger Verantwortung **Frauke Sander** (OT), **David Issmer** (Gendarmenmarkt) und **Daniela Zehentner** (Wilhelmstadt) – letztere durfte sich auch über ihre Wahl zu einer Stellvertretenden Vertreterin der FDP zum Rat der ELDR freuen.

(au) Der Landesvorsitzende der Berliner Jungen Liberalen, **Mischa Hecker**, wurde zum neuen Vorsitzenden des FDP-Ortsverbandes Charlottenburg-City gewählt. Hecker hat in anderthalb Jahren als Landesvorsitzender der Jungen Liberalen nicht zuletzt über Gräben und Kabale Gärten entstehen lassen – Eigenschaften, welche er in seiner neuen Position fraglos zum Wohle der Berliner FDP wird einsetzen können. Die Nachwahl war erforderlich geworden, weil Vorgänger **Sebastian Jungnickel** den organisierten Liberalismus spontan verlassen hatte.

(au) Nach dem Übertritt des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU, **Edgar Glatzel**, hat die FDP in der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg das für die Bildung einer Fraktion notwendige dritte Mitglied gewonnen. Der bisherigen Sprecher der Gruppe, **Gumbert Salonek**, wurde zum Fraktionsvorsitzenden („Mit der Ausstattung einer Fraktion wird es uns sehr viel leichter fallen, den vielen liberalen Bürgern von Friedrichshain-Kreuzberg zu zeigen, dass es hier auch eine liberale Partei gibt!“), Glatzel zu dem Stellv. Vorsitzenden und **Thomas Diener** zum Schatzmeister der neuen Fraktion gewählt. Diener ist im Übrigen seit jüngst auch berufen, der liberalen Sache in der Bundesgeschäftsstelle als Referent, Wahlkampfassistent und Betreuer der Wahlkampfrunde für Europa- und Bundestagswahlen 2009 zu dienen.

(au) Auch in diesem Jahr hat die Kulturverwaltung des Berliner Senats an zwölf in Berlin lebende Autorinnen und Autoren (aus 449 Bewerbungen) durch eine hochkarätige Jury Arbeitsstipendien in Höhe von insgesamt 144.000 € vergeben. Unter den diesjährigen Stipendiaten ist auch **Michael Braun** (Gendarmenmarkt). Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden sich und ihre Arbeiten im Rahmen von Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2008 präsentieren.

(au) Der BV Mitte der FDP ist in Washington DC gut vertreten. Bereits seit einiger Zeit ist dort **Jeanette Uhlmann** (Wilhelmstadt) für die Weltbank tätig, und **Tim Stuchtey** (Tiergarten) für ein Jahr bei einem transatlantischen Think-Tank. Aktuell ist außerdem **Joseph Laudien** (Wilhelmstadt) für ein mehrmonatiges Praktikum vor Ort, und ab Herbst wird Bezirksvorstandsmitglied **Christina Busch** (OT) am Potomac für die Friedrich-Naumann-Stiftung wirken.

Leserbriefe

Thomas Giesau (BV Lichtenberg)

Hallo Nils, Ganz schön mutig von Christian Lüdtkte einen solch provokativen Artikel zu verfassen. Noch dazu wenn es dem Verfasser ganz offensichtlich an Sachkenntnis mangelt. Das Grundproblem bleibt leider erhalten. Es fehlt in der deutschen Außenpolitik an der grundsätzlichen Überlegung, "Welche Interessen vertreten wir in welchen Teilen der Welt!" Die deutsche Außenpolitik rennt zur Zeit nur den Amerikaner hinterher ohne klar zu definieren welche eigenen außenpolitischen Interessen und Ziele wir überhaupt haben. Christian berücksichtigt außerdem nicht, in welchem militärpolitischen Kontext der Einsatz in Afghanistan überhaupt stattfindet. Wenn man mehr Truppen für Afghanistan fordert, sollte man sich zunächst drüber klar werden welche geografischen Gegebenheiten dort vorherherrschen und wer dort Gegner und /oder Verbündeter ist. Dann kann man überhaupt sagen welche Truppen, in welcher Stärke, in welchen Regionen, gegen welche Gegner man einsetzen möchte. Mal ganz davon abgesehen, dass weder Ausrüstung, noch Ausbildung, noch Anzahl an verfügbaren Soldaten in der Bundeswehr derzeitig den Gegebenheiten vor Ort auch nur Ansatzweise genügen. (als Beispiel sage ich nur Kongoeinsatz mit Winterschlafsäcken bei 16 Grad Nachttemperaturen!!) Von juristischer, politischer und finanzieller Absicherung im "Schadenfall" für eben jene Soldaten mal ganz abgesehen. Mehr Truppen in Afghanistan erhöht die Zahl der Opfer auf allen Seiten und löst dort nicht die grundsätzlichen Probleme. Daher.. Daumen runter.. Bitte nicht solche Beiträge von Laien. Viele Grüße ...

S. P. Purodha, Krefeld / Berlin-Mitte

Mit Freude habe ich die beiden Tibetbeschlüsse des Landesparteitages sowie das Schlusswort im "Liberal Central 05/08" gelesen. Toll, dass die FDP den "Mittleren Weg" des Dalai Lama versteht, der zugleich laizistisch ist, was oft übersehen wird. Auch Beschlüsse auf dem Bundesparteitag, z.B. zur "negativen Einkommensteuer", die ich kräftig unterstützen möchte, liegen auf dieser Linie. Das zeigt, dass man weder "Gott" (wie CDU/CSU) noch Herrn Marx (wie die Linken) für echte Gerechtigkeit braucht. Wohltuend, dass Glaubens- und Ideologielosigkeit à la FDP und Dalai Lama (also Vernunft und Erkenntnis) wieder zunehmend Anhänger finden! Mit freundlichen Grüßen ...

Martin Reeckmann (OV Tiergarten)

Leserbrief zum Schlusswort in LC 5-08: Schon die beiden Tibet-Resolutionen des LPT vom April 2008 hätten nichts an freiheitlicher Substanz eingebüßt, wenn die namentliche Erwähnung des Dalai Lama unterblieben wäre. Das ging aber offenbar nicht, denn der gelb gewandete Mönch ist ein Popstar (Willi Winkler, SZ vom 04.04.2008). Das hinterherhecheln hinter Modetrends ist freilich nichts ungewöhnliches, und auch Liberale sind davor (leider) nicht gefeit. Rätselhaft bleibt allerdings, weshalb im Schlusswort der Mai-Ausgabe von LC davon die Rede ist, dass sich die Berliner FDP zum Dalai Lama und dessen sog. Mittleren Weg bekannt habe. Das geben die beiden Parteitagsbeschlüsse nicht her - und wenn sie es hergeben würden, wären sie nicht einstimmig ergangen, denn zumindest meine Wenigkeit hätte mit Nein gestimmt. Vielleicht ist ja der Verfasser des Schlussworts unter dem Eindruck des LPT der Harmoniesucht verfallen. Ich empfehle stattdessen das eine oder andere geistige Getränk im Kreis aufgeklärter Liberaler.

Thomas Seerig (BV Steglitz-Zehlendorf)

Liebe Redaktion, das Verhältnis der Liberalen zu Kirche und Religion war und ist nicht ohne Spannungen. Auf der einen Seite steht die antiklerikale Tradition der Liberalen und andererseits sind auch Liberale innerhalb ihrer jeweiligen Glaubensgemeinschaften aktiv. Die strikte Trennung von Staat und Kirche und die Aussage "Glaube ist Privatsache" ist aber allen Liberalen wichtig. Der AK Grundsatz- und Perspektivfragen wurde im Jahr 2001 um die Mitglieder des aufgelösten früheren Kirchlich-Liberalen-Arbeitskreises erweitert, ohne dass sich dies aber inhaltlich auf die Inhalte seiner Arbeit auswirkte. Zwischenzeitlich gibt es wohl wieder ein wachsendes Interesse in der Berliner FDP sich dem Verhältnis der Liberalen zu den Kirchen zu widmen. Der AK Grundsatz- und Perspektivfragen hat daher eine Unter-AG "Kirche-Glaubensmensenrechte" unter Leitung seines Vize-Vorsitzenden Heinrich Hohl eingerichtet, um ein Forum für derartige Themen und einen Dialog mit Glaubensgemeinschaften zu bieten. Interessenten an der Mitarbeit in dieser AG des AK Grundsatz- und Perspektivfragen melden sich bitte bei hohl.berlin@web.de . Mit freundlichen Grüßen ...

Thomas Seerig ist Vorsitzender des Landesarbeitskreises „Grundsatz- und Perspektivfragen“ der Berliner FDP

Termine

Juni 2008

- 09.06 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Gesprächsrunde** – Thema „Klimaschutz und Recht von Kyoto bis zu KfW 60“ – mit RA Cristoph Germer – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 09.06 20.00h BV Mitte: **Bezirksausschuss** im Abgeordnetenhaus (Niederkirchner Str. 5), Raum 109/110
- 10.06 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 11.06 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 11.06 19.30h OV OT und OV Gendarmenmarkt: **Diskussionsveranstaltung** zum Thema Historischer Wiederaufbau: Wie viel Historie braucht die Mitte? – mit Annette Ahme – in der Landesgeschäftsstelle (Dorotheenstr. 56)
- 19.06 15.30h FNSt: **Veranstaltung** zum Thema „Mythos oder Modell für die Zukunft? Die Rolle der Frau in der DDR und Entwicklungen seit 1989“ – mit Carola v. Braun, Cornelia Pieper u.a. – Reinhardtstraßenhöfe, Großer Saal (Reinhardtstr. 14-16)
- 24.06 14.30h FNSt: **Veranstaltung** zum Thema „Freiheit und ihre Grenzen. Scientology – eine Gefahr für den Rechtsstaat?“ – Kaiserin-Friedrich-Haus (Robert-Koch-Platz 7)
- 25.06 17.30h FNSt: **Veranstaltung** zum Thema „Barack Obama - Ein Ereignis wie die Mondlandung?“ – mit Christoph von Marschall – Reinhardtstraßenhöfe, Großer Saal (Reinhardtstr. 14-16)
- 25.06 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 29.06 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

Juli 2008

- 01.07 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 01.07 19.30h FNSt: **Veranstaltung** zum Thema „Gemeisterte Herausforderung? Die Korruptionsbekämpfung in den Berliner Bezirken“ – mit Björn Jotzo MdA u.a. – im Ludwig-Erhard-Haus Berlin, Mendelssohnsaal (Fasanenstr. 85)
- 07.07 19.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** – u.a. Wahl der Delegierten zur Europawahlversammlung – Thema Kulturpolitik mit Jan Becker-Schwering – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 08.07 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 08.07 20.00h LV Berlin: **Landesausschuss** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1), Otto-Suhr-Saal
- 09.07 19.30h OV Tiergarten: **Mitgliederversammlung** – u.a. Wahl der Delegierten zur Europawahlversammlung – Info unter www.fdp-berlin.de
- 14.07 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Gesprächsrunde** im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 27.07 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 30.07 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.